

Zürich

Von Hans-Peter Bieri

Härtefallkommission bleibt ein Wunsch

Die Härtefallkommission für von der Ausweisung bedrohte Ausländer wird nicht wieder- belebt - zumindest noch nicht.

Zürich. - Die Auflösung der 1999 gegründeten Härtefallkommission auf Ende April 2002 hatte für böses Blut gesorgt, nicht zuletzt, weil sie so still und leise erfolgt war. Kantonsrat und Öffentlichkeit erhielten erst anderthalb Monate später davon Kenntnis - via Medien. Der Kantonsrat bzw. seine linke Ratsseite reagierte desto prompter: Schon wenige Tage später reichten die SP-Kantonsrätinnen Ruth Gurny (Maur) und Johanna Tremp (Zürich) ein Postulat ein mit der Forderung, die Härtefallkommission neu zu konstituieren, mit einem klaren Pflichtenheft und der Berechtigung, Einzelfälle zu prüfen und Anträge an die Sicherheitsdirektion zu stellen. Das wäre eine Neuauflage mit stark erweiterten Kompetenzen gewesen. Die alte Kommission war lediglich ein konsultatives Organ, das keine Einzelfälle prüfen durfte, sondern lediglich als Informations- und Diskussionsplattform diente.

Schelte für Rita Fuhrer

Diesmal war auch der Regierungsrat schnell. Seine Antwort kam schon im September des gleichen Jahres, und sie war klar ablehnend. Die Härtefallkommission habe sich im April auf eigenen Wunsch aufgelöst, und der Regierungsrat sei «durchaus in der Lage, das Vorliegen von Härtefallgründen zu beurteilen und angemessen zu würdigen, ohne dass er dazu die Hilfestellung durch ein Konsultativgremium benötigte, wie er denn generell in der Lage ist, auch in andern heiklen Politikbereichen für seine Entscheide die Verantwortung selber zu tragen», schrieb er auf Antrag von Rita Fuhrer, die damals noch Sicherheitsdirektorin war. Jedenfalls könne es «nicht angehen, der normalen Sachbearbeitung eine zweite Sachbearbeiterebene in Form einer Kommission beizustellen».

Gestern betrieb der Kantonsrat Vergangenheitsbewältigung - und liess eine Tür zur Zukunft offen. Rita Fuhrer kam dabei nicht gut weg. Die Härtefallkommission sei nie richtig zum Funktionieren gekommen, weil Fuhrer es nicht gewollt habe, sagte Tremp, und gleich sah es Lucius Dürr (CVP, Zürich): «Die Kommission scheiterte, weil sie nicht ernst genommen wurde und keine Befugnisse hatte.» Auch Regula Thalmann (FDP, Uster) kritisierte Fuhrer: «Die Auflösung der Härtefallkommission hätte damals nicht einen solchen Wirbel ausgelöst, wenn der Entscheid klar kommuniziert worden wäre. Fuhrer hatte bezüglich der Information des Kantonsrats nicht immer eine glückliche Hand.»

«Fehlentscheid korrigiert»

Allerdings war der Rat sich nicht einig, ob es eine neue Härtefallkommission brauche - und ob das Postulat der richtige Weg dazu sei. SP, Grüne, EVP und CVP setzten sich für eine Neuauflage ein. «Die Ausweisungspraxis des Kantons Zürich ist eine der repressivsten in der Schweiz», sagte Katharina Prelicz (Grüne, Zürich). Es brauche eine neue Härtefallkommission, die Kompetenzen habe, nicht nur eine Alibifunktion. Peter Schulthess (SP, Stäfa) meinte, es wirke zynisch, wenn die Regierung behaupte, sie brauche keine Hilfe. Dürr wollte zwar nichts von einer anderen Politik wissen, aber auch er war der Ansicht, es brauche eine neue Kommission, damit die Ausweisungsentscheide begreiflich würden.

Dagegen war Regula Thalmann der Ansicht, die kantonalen Behörden seien durchaus fähig, Ausweisungsentscheide eigenständig und nach gefestigten Kriterien zu erfüllen. Und die SVP wollte gar nichts von einer neuen Kommission wissen. Die Auflösung der Härtefallkommission habe lediglich «einen Fehlentscheid korrigiert», sagten Claudio Schmid (Bülach) und Ruedi Menzi (Rüti). Die Asylbewerber verfügten über eine Vielzahl von

Rechtsmitteln, sie hätten «viel zu viele Möglichkeiten, die Gastfreundschaft der Schweiz mit Füßen zu treten». Die Linke wolle nur «die von ihr geschaffenen Pösteli in der Sozialindustrie» - «Futtertröge für Juristen» - halten.

Ein neuer Vorstoss?

Hinter das Postulat mochten sich aber schliesslich nur SP, Grüne und EVP stellen; es scheiterte mit 89 zu 70 Stimmen. Die CVP scherte aus. Die Regierungsantwort sei nicht ermutigend, begründete Dürr das Nein seiner Fraktion - öffnete aber gleich wieder die Tür für einen späteren Versuch: «Es braucht einen neuen, verbindlichen Vorstoss», erklärte er. Das letzte Wort in Sachen Härtefallkommission ist noch nicht gesprochen.

Datum: 20050125

332100, TAG , 25.01.05; Words: 608, NO: OI2005012501055

www.gbi.de

© GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH